



Die Stadtwerke Löhne dürfen im kommenden Jahr keine neuen Investitionen tätigen und stehen vor der sogenannten vorläufigen Haushaltsführung.

Fotos: Andrea Berning

Betriebsleiter Matthias Krefl kritisiert Mehrheitsvotum im Stadtrat: „Aktion war absoluter Affront gegenüber meinen Kolleginnen und Kollegen“

# CDU, AfD und LBA blockieren sämtliche neue Maßnahmen der Stadtwerke Löhne

Von Florens Böwering

**LÖHNE** (WE). Kein Kanalbau, keine neuen Investitionen, kein Fortschritt beim Hochwasserschutz: Den Stadtwerken Löhne droht der Notbetrieb. Gegen dessen Gesamtwirtschaftsplan für 2026 stimmen drei Parteien in der Sitzung des Stadtrats am vergangenen Mittwoch.

Trotz Warnung des scheidenden Stadtwerke-Betriebsleiters Matthias Krefl: CDU, AfD und LBA erzielen in der entscheidenden Abstimmung mit 28 zu 27 Stimmen die Mehrheit gegenüber den anderen fünf Parteien.

Möglich wurde das Stimmenverhältnis erst, weil jeweils zwei Mitglieder von SPD und Grünen nicht zur Ratssitzung erschienen sind, so SPD-Fraktionsvorsitzender Dieter Falkenstein vor Beginn der Sitzung. Insgesamt waren demnach 54 von 58 Ratsherren und -damen anwesend. Die zusätzliche Stimme von Bürgermeister Christian Antl konnte das Mehrheitsvotum gegen den Stadtwerke-Gesamtwirtschaftsplan nicht verhindern.

**Ratsmehrheit stoppt neue Investitionen**

Die Folgen sind in ihrer Größenordnung noch kaum abzuschätzen. Was fest steht: Es werden keine neuen Kanäle gebaut und auch sonst keine neuen Planungsaufträge für neue Baumaßnahmen an der Infrastruktur vergeben – auch wenn diese dem Hochwasserschutz dienen. Der Stadtwerke-Chef, der auch in der Sitzung das Rederecht erhält, sagt im anschließenden Gespräch mit dieser Zeitung: „Die ganze Aktion war ein absoluter Affront gegenüber meinen Kolleginnen und Kollegen“, so Matthias Krefl.

Hinter der Kritik, die zunächst Günter Schlüter (LBA) hervorbringt und die Maik Büßing (CDU) ergänzt, stecken drei Hintergründe: der eigentlich positive Jahresab-

schluss des städtischen Eigenbetriebs von 2024 mit einem Bilanzgewinn von mehr als 1,8 Millionen Euro, die vergleichbar gute Prognose für den Abschluss 2025 und eine Ausschüttung aus dem Gewinn in die Haushaltskasse der Stadt.

## Vorwurf der Fundamentalopposition

Laut Schlüter sind „die Stadtwerke gut aufgestellt und erwirtschaften jede Menge Überschüsse. Die werden aber vom Gebührenzahler erwirtschaftet. Wir verstehen nicht, dass der Stadthaushalt davon profitiert.“ Laut neuem Gesamtwirtschaftsplan 2026 ist zu diesem Zeitpunkt eine Ausschüttung in Höhe von 712.700 Euro aus dem Bilanzgewinn an die Stadt geplant. Das bezeichnet Schlüter als „Quersubventionierung der Stadt auf dem Rücken der Gebührenzahler“.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Büßing verweist darauf, dass die Stadtwerke im Bereich von Frisch- und Abwasser ihren Hauptanteil am Gewinn erzielen und stellt heraus, dass „Wasser Teil der Daseinsvorsorge“ ist. Betriebsleiter Matthias Krefl, der zum 1. April 2026 zu den Stadtwerken Porta Westfalica wechselt, habe „einen tollen Job gemacht“, so Büßing. Trotzdem stimme die CDU dem Plan nicht zu.

„Das ist alles nur vorgeschoben“, sagt Matthias Krefl.



„Alles nur vorgeschoben“, sagt Matthias Krefl, Leiter der Stadtwerke Löhne, zu den Argumenten gegen den Wirtschaftsplan.

selbst. „Die Stadt hat das Kanalnetz gebaut, dafür Kredite aufgenommen und hat dafür eine angemessene Eigenkapitalfinanzierung zu bekommen.“ Über das, was als angemessen gilt, hätte sich Krefl eine Diskussion zu einem deutlich früheren Zeitpunkt gewünscht. Das geplante Vorgehen folge allerdings einem gesetzlichen Rahmen.

Aus den Reihen der Befürworter, darunter die SPD, kommt der Vorwurf der „Fundamentalopposition“, wie es Ratsherr Ralf Jaworski formuliert. „Da gibt es zwei große Verlierer in der Stadt: Die Bürger und die Stadtentwicklung. Wollen Sie das tatsächlich?“

Martin Lorenz ergänzt: „Wir haben als Ratsmitglieder die Verpflichtung, eingegeben, für das Wohl der Bürger da zu sein. Der Rat entwickelt sich zu einem Behinderungsprogramm für den Bürger.“ Ihre Empörung ist hörbar, als CDU, AfD und LBA sich mit 28 Stimmen gegen die 27 von SPD, Grünen, der Fraktion Linke/Die Partei und FDP durchsetzen.

## Sperre behindert die Stadtwerke

Die Stadtwerke rutschen nun zum Jahreswechsel in die sogenannte „vorläufige Haushaltsführung“, einer Wirtschaftssperre, sagt Krefl. Nur Verpflichtungen, die in diesem Jahr gestartet sind sowie Maßnahmen, die eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben abwenden, dürfe der städtische Eigenbetrieb weiterverfolgen. Bürgermeister Antl kritisiert im Anschluss an die Debatte: Die Entscheidung schade den Bürgern in Löhne. Das finde ich bedauerlich.

Zu den Projekten, die vorerst ruhen müssen, zählen laut Matthias Krefl der angekündigte Rückbau von baulichen Anlagen in Gewässern und städtischen Wegezeilen, der den Wasserabfluss an betroffenen Wohn-

häusern stärken und das Überflutungsrisiko senken sollte, der zusätzlich nötige Kanalbau, die Anschaffung eines neuen Baggers sowie die Suche nach Wassergewinnungsgebieten, um durch eigene Wasserförderung unabhängig und für die Gebührenzahler günstiger arbeiten zu können.

Jetzt müssen sich die Bürgerinnen und Bürger vorerst auf neue ungeplante Kosten einstellen, und das obwohl die Stadtwerke jüngst

sinkende Strompreise angekündigt hatten. Wenn im Januar die neue Verbrauchsrechnung an die Gebührenzahler verschickt werde, basiere der angehängte Abschlagsplan auf den alten, bekannten Gebühren, sagt Matthias Krefl.

Aber: Einen neuen Plan auszuschicken, der nun einen später zu beschließenden Gesamtwirtschaftsplan berücksichtigt, kostet allein 27.000 Euro, was auf die Gebührenzahler umgelegt

werden muss. „Es dürfte nicht bei diesen Kosten bleiben. Die Entscheidung über einen neuen Gesamtwirtschaftsplan ist auf die erste Ratssitzung im neuen Jahr, voraussichtlich im Februar 2026, vertagt.“

Am Ende bleibt das Kuriosum: Da nur die Ablehnung und keine Anpassung des Plans beschlossen worden ist, werde dem Rat laut Matthias Krefl dann wohl dasselbe Zahlenwerk erneut zur Abstimmung vorgelegt.

## Löhner Aspekte

### „Trumpismus“ im Kleinen

Von Florens Böwering

Die CDU in Löhne probt den Mini-Shutdown. Mit dem Mehrheitsvotum, das sie gemeinsam mit den Stimmen der AfD und der LBA gegen den Gesamtwirtschaftsplan der Stadtwerke Löhne für 2026 erzielen konnte, zeichnet die CDU ein verschwobenes Bild: Das, was die Menschen im Original unter US-Präsident Donald Trump erlebt haben, soll in Löhne die Schuld einer Politik fehlender Bürgernähe der SPD sein.

Doch tatsächlich führt die Kritik aus zwei der drei Parteien an dem aus ihrer Sicht zu hohen Frischwasser- und Abwassergebühren zu einer nun viel umfassenderen Behinderung eines wichtigen Verantwortungsträgers für die Infrastruktur der Stadt Löhne. Vertreter der AfD blieben hier stumm, stimmten aber naturgemäß gegen SPD, Grüne, Linke/Die Partei und in diesem Fall auch gegen die FDP.

Der Ausfall einer gesamten Staatsverwaltung ist das, was die Menschen in den USA zuletzt zwischen Ok-



tober und Mitte November erleben durften. Warum? Weil das Parlament dort noch über den längst fälligen Haushalt streitet. Auch im Kleinen lassen sich in Löhne nun durchaus Parallelen zur Lage in Übersee ziehen: Weil der Gesamtwirtschaftsplan der Stadtwerke im Rat abgelehnt wurde, kann der Wasserabfluss in Gewässern und Wegeseitenrinnen nicht verbessert werden, was für Anwohner eine bleibende Hochwassergefahr bedeutet. Die Suche nach Wassergewinnungsgebieten, um selbst günstiger Wasser zu fördern, wird vorerst pausieren. Kanalarbeiten finden nicht statt – und das heißt auch: Selbst wenn eine Straße zur Instandsetzung aufgemacht wird und

man praktischerweise dort Kanalarbeiten mitmachen könnte, ist dies vorerst nicht möglich. Im Zweifel müsste die Straße zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufgerissen werden. Alles Konsequenzen, vor denen Stadtwerke-Betriebsleiter Matthias Krefl im Vorfeld warnte. Am Ende nutzt die CDU die Situation, dass in der sonst typischen Ratsmehrheit vier Mitglieder am Sitzungstag fehlten, was sich die Gegenseite durchaus vorwerfen lassen muss. Doch nutzt die CDU – unter stets umstrittener Unterstützung durch die AfD – ihre Mehrheit für einen Abend aus, um einen Schaden anzurichten, der auch ihren politischen Zielen noch zuwiderläuft kann.

Wenn dies die Blaupause für weitere Aufstände gegen den Bürgermeister und die SPD ist, dann droht nicht nur, dass der Bürger die Kosten für den weiteren Machtkampf bezahlt. Auch könnte die Stadt in ihrer Grundsubstanz destabilisiert und an der Erfüllung der Grundbedürfnisse ihrer Einwohner zunehmend gehindert werden.